

Und zu guter Letzt: Wir werden, was die langfristigen Lösungen anbelangt, nicht umhinkommen, das Bildungssystem gründlich zu reformieren und unsere Lehrer endlich wirklich zu entlasten. Bis heute warten wir auf die von Ihnen angekündigten multiprofessionellen Teams an den Schulen. Wo sind sie? Es wird immer davon gesprochen; nichts ist umgesetzt.

Wir hatten bei den Haushaltsberatungen einen Änderungsantrag eingereicht, wenigstens 150 Verwaltungsstellen zu schaffen, um unsere Lehrer zu entlasten. Sie haben das abgelehnt. Sie sind am Zug. Vielleicht können Sie jetzt mal aktiv werden.

Meine Damen und Herren, Brandenburg war bereits vor der Coronakrise kein Bildungsmekka. Die nationalen und internationalen Schulleistungsstudien zeigen es: Ihre Politik, Ihre Coronapolitik hat das Ganze verschärft und wie ein Brandbeschleuniger gewirkt. Öffnen Sie daher endlich wieder alle Schulen. Stimmen Sie unserem Antrag zu, und lassen Sie uns gemeinsam überlegen, wie wir den Kindern und Jugendlichen, den Eltern und den Pädagogen am schnellsten, am effektivsten und am nachhaltigsten helfen können. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Das Wort geht jetzt an Herrn Abgeordneten Hoffmann von der CDU-Fraktion. Bitte schön.

Herr Abg. Hoffmann (CDU):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Seit vorgestern sind auch in Brandenburg die Grundschulen wieder geöffnet, erst einmal wie in allen anderen Bundesländern nur im Wechselunterricht. Aber die Kinder sehen ihre Lehrerinnen und Lehrer. Sie sehen mal wieder ihre Freunde, sie sehen das Schulgebäude, das Ganze mal ohne Bildschirm. Meine Damen und Herren, das ist sehr erfreulich. Das ist zwar ein erster, aber ein ganz, ganz wichtiger Schritt. Ich bin froh, dass wir ihn gegangen sind.

Meine Damen und Herren, auch dieser erste Schritt ist nicht ohne Risiko. Wir sehen zwar, dass die Zahlen gesunken sind, aber Corona ist eben noch nicht vorbei. Einen erneuten Anstieg will niemand und braucht niemand. Insofern sind die Schulöffnungen auch nicht einfach nur ein logischer Schritt, sondern sie sind eine sehr, sehr schwierige Abwägung zwischen Gesundheitsschutz auf der einen und all den problematischen Folgen und Herausforderungen, die das Schließen der Schulen mit sich bringt, auf der anderen Seite.

Dass diese Phase Herausforderungen mit sich bringt, dass sie Schwierigkeiten und Probleme mit sich bringt, sowohl für die Gegenwart als auch für die Zukunft, das ist, glaube ich, allen hier klar, und das bestätigen auch die aktuellen Studien. Deshalb, meine Damen und Herren, ist es richtig, dass wir uns genau anschauen müssen, was die beiden Lockdowns mit den Kindern und Jugendlichen gemacht haben, sowohl schulisch als auch persönlich. Was konnte unterrichtet werden, was konnte nicht unterrichtet werden? Wo stehen die Schülerinnen und Schüler, und wie kann man unterstützen?

Dafür ist es im Grundsatz aber auch wichtig, dass die Lehrkräfte ihre Schützlinge erst einmal wieder direkt zu Gesicht bekommen. Denn wir können und sollten hier nicht ad hoc Entscheidungen treffen, ohne ein genaues Bild von der Situation zu haben. Aber, meine Damen und Herren, wir können natürlich dafür sorgen - und das finde ich durchaus richtig -, dass wir für die nächsten

Schritte der Öffnung und auch für die längere Zeit danach Antworten haben, dass wir vorbereitet sind, dass wir eine Strategie haben.

Mit dem Entschließungsantrag der Koalition haben wir zunächst einmal die drei Kerninstrumente in den Fokus gestellt, die uns da besonders wichtig sind, die wir aber auch für realistisch halten. Dazu gehören zum einen zusätzliche freiwillige und bedarfsgerechte pädagogische Angebote an den Schulen. Dazu gehören weiterhin freiwillige pädagogisch gestützte Angebote in den Ferien, organisiert durch die Akteure der Kinder- und Jugendhilfe. Das heißt, die Ferienangebote, die Sie einfordern, Herr Hohloch, sind in unserem Antrag enthalten. Drittens gehört dazu eine verlässliche Weiterführung des Programms „Studentische Lehr-Lernassistenzen“ über das laufende Schuljahr hinaus.

Darüber hinaus arbeitet das Ministerium selbstverständlich schon jetzt an kurz-, mittel- und langfristigen Lösungen, um der coronabedingten Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern entgegenzuwirken.

Ich will auch noch einmal sagen: An dieser Stelle werden auch die Unterstützungsinstrumente hilfreich sein, die derzeit zwischen Bund und Ländern diskutiert werden. Wir haben schon gehört: Die Sonderstudie des IFK, die auch dazu Erkenntnisse gesammelt hat, muss natürlich berücksichtigt werden. Auch das haben wir in unseren Antrag aufgenommen. Ich finde es gut, dass wir das machen.

Meine Damen und Herren, dass wir in dieser Aktuellen Stunde darüber reden, finde ich vollkommen richtig. Dass wir dafür eine Strategie brauchen, ist auch vollkommen richtig, liebe Kollegen von der Linken. Ich finde es deshalb auch gut, dass bereits daran gearbeitet wird.

Wenn ich mir jetzt doch noch einmal Ihren Entschließungsantrag anschau, Frau Dannenberg, sehe ich, dass Ihr zentrales Instrument - das haben Sie eben noch einmal dargestellt - die Einberufung des Expertinnen- und Expertentischs ist. Ein Expertentisch ist an sich eine nette Idee, aber die ist auch nicht besonders neu.

Ein Expertentisch, ein runder Tisch oder ein Gipfel, wie Sie selbst vorgeschlagen haben, ist ja immer eine klassische Forderung, wenn man eine knackige Forderung oder eine öffentlichkeitswirksame Idee braucht. An sich spricht auch nichts dagegen, sich mit Experten auszutauschen, denn man wird in der Regel dadurch nicht dümmer.

Aber, meine Damen und Herren, die Kinder haben ja - da sind wir uns, glaube ich, einig - durch die Schulschließungen bereits so viel Zeit verloren, dass wir da nicht noch unbedingt Zeit obendrauf legen sollten. Frau Dannenberg, da merkt man mal wieder, dass Sie selbst ein bisschen hin- und hergerissen sind. Jetzt stellen Sie sich hier vorne hin und adressieren den Staatssekretär aus dem Gesundheitsministerium, Herrn Ranft, und sagen wörtlich: Bitte, Herr Ranft, gründen Sie nicht erst eine Arbeitsgruppe, sondern fangen Sie an. - Aber hier schlagen Sie vor, wir sollen einen Expertentisch einberufen, um kurzfristige Maßnahmen zu finden.

(Zuruf)

- Nein, Sie haben „kurzfristig“ mit hineingeschrieben, kurz- und langfristige Maßnahmen.

An Ihrem Expertentisch wollen Sie über weitere Schritte zur Öffnung oder zur Eindämmung diskutieren. Da sage ich Ihnen ganz ehrlich: Sie wissen doch, wie das mit solchen Expertentischen läuft. Selbst wenn wir die Einrichtung des Expertentisches heute beschließen, ginge es erst einmal um die Frage der Berufung: Wer kommt in dieses Gremium hinein? Dann gibt es welche, die dort vertreten sein wollen, die man nicht vorgesehen hat. Dann gibt es darüber Streit. Dann kommt es zur Konstituierung. Dann richten wir Arbeitsgruppen ein. Dann gibt es Sitzungen, dann gibt es Diskussionen. Dann wird am Ende ein Papier diskutiert und verabschiedet.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Bei einem solchen Expertentisch rechnen Sie doch nicht ernsthaft vor dem nächsten Schuljahr mit Ergebnissen. Meine Damen und Herren, das wäre zu spät. Wir müssen vorher reagieren. Deshalb brauchen wir diesen Expertentisch nicht, meine Damen und Herren.

Im Übrigen ist es ja nicht so, dass man nicht mit Experten reden würde. Es ist ja nicht so, dass die Experten nicht zusammenkommen. Eine Runde, wo durchaus ein paar Bildungsexperten zusammenkommen sollten, ist der Bildungsausschuss im Landtag. Daneben gibt es den Landeselternrat, den Landeschülerrat, Lehrerverbände, den Landes-Kinder- und Jugendausschuss. Das sind doch alles Gremien, in denen Experten sind und die auch gehört werden. Die Forderungen kommen bei uns an und finden auch Berücksichtigung; ich will nur mal auf das Stichwort Testungen verweisen. Das wird auch weiterhin so sein.

Was mir in Ihrer Rede noch aufgefallen ist, Frau Dannenberg, ist das, was ich Ihnen beim letzten Mal schon vorgeworfen habe: Sie nutzen ständig Corona und die Herausforderungen, um Ihre alten Forderungen durchzudrücken. Denn Sie haben ja gesagt, was Sie mit dem Expertentisch wollen. Sie wollen einen Expertentisch, bei dem Sie all Ihre alten Forderungen wie zum Beispiel die Abschaffung von Prüfungen und die Einheitsschule durchgedrückt bekommen. Für solche Spielchen haben wir jetzt keine Zeit, und deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Meine Damen und Herren, jetzt möchte ich auch noch auf den Antrag der AfD zu diesem Tagesordnungspunkt eingehen. Da erstaunt mich schon die erste Forderung: Sie wollen unverzüglich den Präsenzunterricht für alle Jahrgangsstufen. Dann schränken Sie ein: zumindest für die Grundschule. - Das ist genau das Gleiche wie beim letzten Mal. Da haben Sie zuerst gefordert, alle Maßnahmen aufzuheben. Dann sagten Sie: Na ja, gut, in die Schule sollen aber erst einmal nur die Klassen 1 bis 6. - Da frage ich Sie: Was ist denn das? Das ist doch schon wieder ein Hin und Her. Das passt nicht zusammen.

Dann wollen Sie Präsenzunterricht unter Einhaltung der einschlägigen Hygieneregeln sowie des Gesundheitsschutzes organisieren, erklären aber im gleichen Atemzug, dass der Mund-Nasen-Schutz maximal freiwillig getragen werden soll. Jetzt frage ich Sie: Was bleibt denn dann von den einschlägigen Hygieneregeln noch übrig?

Wenn wir jetzt mal die AHA-Regel nehmen, dann heißt das eben: Alltagsmaske, Händewaschen, Abstand halten. Wie wollen Sie im vollständigen Präsenzunterricht denn eigentlich Abstand halten, Herr Hohloch? Ich glaube, Sie haben immer noch nicht verstanden, dass die Schulschließung bzw. der Wechselunterricht genau dazu dient, dass wir eben keine vollen Klassen haben, sondern dass wir es den Schülern ermöglichen, Abstand zu halten und Kontakte zu reduzieren. Deshalb ist dieser Vorschlag, ehrlich gesagt, auch nicht ernst zu nehmen, Herr Hohloch.

Des Weiteren wollen Sie dezentrale Prüfungen, und zwar nicht einfach nur so dezentral, wie wir es jetzt schon gemacht haben, mit einer größeren Auswahlmöglichkeit, sondern komplett dezentral. Jetzt sage ich Ihnen: Sie pochen doch auch immer auf die Leistungsorientierung. Diese zentralen Prüfungen hat man damals ja nicht ohne Grund eingeführt, sondern man hat sie eingeführt, weil man gemerkt hat, dass es durchaus Niveauunterschiede bei den Prüfungen gibt.

Jetzt sage ich ganz ehrlich: Ich finde, wir sollten auch unter schwierigen Bedingungen auch in diesem Jahr alles dafür tun, dass das Abitur nicht entwertet wird. Jetzt sollen sich aber die Lehrer, deren hohe Belastung Sie beklagen, selbst hinsetzen und Abituraufgaben, Prüfungsaufgaben entwerfen. Das allein ist schon ein riesiger Aufwand. Dann sollen die Prüfungsvorschläge im Bildungsministerium abgenommen werden. Jetzt frage ich Sie: Wer macht das dort? Es ist ja nicht so, dass die Leute jetzt dort sitzen und Däumchen drehen. Die arbeiten ohnehin schon an der Kante, und neue Stellen wird es dafür nicht geben. Deshalb, meine Damen und Herren, ist auch das kein praxistauglicher Vorschlag.

Dass Sie bei den Vorschlägen, die hier diskutiert wurden, nicht ganz auf der Höhe der Zeit sind, hat man auch bei Ihrer Rede wieder gemerkt. Sie haben dargestellt, dass sich hier niemand darum kümmere; Sie seien die Einzigen, die sich kümmern. - Sie haben vollkommen außer Acht gelassen, dass wir dieses Programm der Lehr-Lernassistenzen eingeführt haben. Sie haben vergessen, dass wir 23 Millionen Euro zusätzlich für digitale Endgeräte bereitgestellt haben. Sie haben vergessen, dass mittlerweile über 600 Schulen an die Schul-Cloud angeschlossen sind.

Sie verweisen immer auf Ihre eigenen Konzepte, die im Wesentlichen aber ein „rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“ sind: mal Maske verpflichtend, mal Maske überhaupt nicht. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, Herr Hohloch, hätten im letzten Jahr überhaupt keine Schüler in Brandenburg ein KMK-konformes Abitur bekommen. Deshalb sind Ihre Vorschläge wieder mal nicht zielführend. Deshalb werden wir auch Ihren Antrag ablehnen. - Danke schön.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Von der Abgeordneten Dannenberg wurde eine Kurzintervention angemeldet. Bitte sehr.

Frau Abg. Dannenberg (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Hoffmann, Sie haben sich ja nun redlich in Rage geredet. Aber ich muss doch noch etwas zu diesem Expertentisch sagen.

Wenn Sie regelmäßig mit Expertinnen und Experten aus der Praxis reden würden, dann wäre ja letzten Endes alles in Butter, dann wäre alles in Ordnung. Gehen Sie doch mal raus und reden mit den Kitaleiterinnen. Reden Sie mit den Lehrkräften, mit den Schulleitern. Sie werden Ihnen etwas ganz anderes sagen. Ihre Gespräche mit sogenannten Experten laufen wohl doch nicht so hundertprozentig, wie Sie sich das wünschen würden.

Ich habe eben gehört, dass Sie auf die Expertise von Leuten, die in der Praxis arbeiten, durchaus verzichten können. Sie sagten: Dabei kommt sowieso nichts heraus. - Ich finde, das ist unglaublich und eine Absage an die Kollegen, die sich ehrenamtlich engagieren, sei es in den Lehrerverbänden oder in der Gewerkschaft.

Im Übrigen haben Sie genau so in der Demografie-Kommission II agiert, als es um die Gestaltung des Bereichs für die weiterführenden Schulen ging. Da sind Sie kaum erschienen. Aber mit Ihrer Einstellung, dabei komme sowieso nichts heraus, ist das natürlich durchaus nachvollziehbar.

Die Ministerin hat übrigens in der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie auf genau diese Expertise aus den unterschiedlichen Bereichen gesetzt.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke. - Herr Abgeordneter Hoffmann, Sie möchten darauf reagieren? - Bitte sehr.

Herr Abg. Hoffmann (CDU):

Kollegin Dannenberg, Sie haben gesagt, Sie haben etwas gelernt. Ich stelle fest: Sie haben es eben nicht gelernt. Sie haben nicht gelernt, richtig zuzuhören. Ich habe nämlich an keiner Stelle gesagt, dass dabei nichts herauskommt.

(Zuruf: Doch!)

Im Gegenteil, ich habe gesagt: Sich mit Experten auszutauschen ist eine gute Idee, weil man da nie dümmer wird.

Ich habe aber darauf verwiesen, dass der von Ihnen vorgeschlagene Expertentisch, mit dem Sie auch kurzfristige Maßnahmen diskutieren wollen und Entscheidungen beeinflussen wollen, nicht das richtige Gremium ist, weil die Sitzungen und die Entscheidungsfindungsprozesse sehr langwierig sind.

Wenn Sie noch einmal an die Demografie-Kommission II zurückdenken, wissen Sie ja, über welch langen Zeitraum sie getagt hat. Sie können sich sicherlich auch noch an die Sitzung erinnern, in der verschiedene Leute aus der Praxis dabei waren und Modelle aufgezeigt haben, wie zurzeit bei ihnen die Situation ist. Wir haben uns alle ganz erstaunt angeschaut und haben gesagt: Offensichtlich ist der Schülerzahlrückgang, der Bevölkerungsrückgang gar nicht so groß, dass man Schulen schließen muss.

Deshalb hat man gesagt: Wir müssen diese Schulen nicht schließen. Der Landtag hat darauf reagiert, indem er ein Moratorium verabschiedet hat, und zwar in dieser Koalition und nicht in Ihrer. Also brauchen Sie uns hier nicht zu belehren.

(Zuruf)

- Genau so ist es; dieses Moratorium haben wir ohne zeitliche Befristung in dieser Koalition beschlossen.

(Zuruf)

- Das können Sie selbstverständlich nachschauen, Herr Domres. Ich schicke es Ihnen gern über.

Ich verwehre mich daher dagegen, dass ich sagen würde, bei Gesprächen mit Experten komme nichts heraus. Ich sage nur: Der Expertentisch ist für kurzfristige Maßnahmen nicht das richtige Instrument. - Danke schön.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Nicklisch für die Fraktion BVB / FREIE WÄHLER. Bitte schön.

Frau Abg. Nicklisch (BVB/FW):

Guten Morgen! Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Es ist schön, wenn man früh so viel Enthusiasmus hat. Ich muss sagen: Dass wir diese Aktuelle Stunde thematisch den Kindern und Jugendlichen widmen, trifft bei mir auf vollste Zustimmung. Es ist, wie ich finde, höchste Zeit, die jungen und in ihrer Entwicklung befindlichen Menschen dem Titel des Antrages entsprechend wieder in den Mittelpunkt zu stellen. Welche Brisanz diesen Ansinnen zugrunde liegt, zeigt uns die Tatsache, dass sich gleich drei unterschiedliche Anträge damit inhaltlich auseinandersetzen.

Dabei möchte ich jedoch einmal anregen, die üblichen coronadominierten Debatten um Schulöffnungen und die oftmals damit verbundenen Schuldzuweisungen ob des richtigen Umgangs mit der Pandemie beiseitezustellen.

Konzentrieren wir uns stattdessen darauf, wie wir die aktuelle Situation von Kindern und Jugendlichen zielgerichtet und schnell verbessern können. Zweifelsohne müssen dabei die Themen Schule und Bildung in den Fokus genommen werden. Denn die Schule trägt in entscheidendem Maße zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen bei, ist Ort sozialer Interaktion und bildet zugleich das Fundament für die Gestaltung der eigenen individuellen beruflichen Zukunft.

Daher kann ich den Antrag der Fraktion DIE LINKE nur begrüßen, alle Experten aus diesem Bereich an einen Tisch zu holen, um in einen Dialog zu treten. Bis dato wird doch weitgehend im Kanzleramt entschieden, wie in der aktuellen Situation weiter verfahren wird. Stattdessen sind die weitreichenden Kenntnisse und Erfahrungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen vor Ort wichtig, um kluge Entscheidungen im Sinne der jungen Menschen zu treffen.

Aber es muss jetzt zügig, wirklich zügig, eine Handlungsstrategie geben, denn wir können es uns nicht mehr leisten, noch weitere Wochen oder sogar Monate ins Land gehen zu lassen. Deshalb mahne ich an dieser Stelle, den Expertenkreis nicht zu groß aufzublähen, um ihn auch handlungs- und konsensfähig zu machen.

Warum betone ich das? Erst kürzlich haben sich die Lehrergewerkschaft sowie der Lehrerverband nochmals gegen eine zeitige Öffnung der Schulen ausgesprochen, während Jugendsozialarbeiter das als Katastrophe empfanden und Elternvertreter dazu gespaltenen Meinungen sind.

Deshalb noch einmal mein Appell: Es muss bei der Größe und Zusammensetzung des Expertentisches sichergestellt werden, dass eine strategische Einigung tatsächlich möglich ist. Gleichzeitig müssen wir als Abgeordnete jetzt den politischen Willen erkennbar dokumentieren, die gemeinsamen Empfehlungen daraus auch zügig umzusetzen. Das ist unsere Aufgabe. Daher plädieren wir als BVB / FREIE WÄHLER für die Zustimmung zum Antrag der Linken.

Jetzt komme ich zu der Alternative für Deutschland. Die Forderung im Antrag der Alternative für Deutschland nach einer inzi-